

Liebe Leserinnen und Leser,

dieser Newsletter steht im Zeichen des 26. Mai 2019. Denn dann wird das Europäische Parlament gewählt – eine Richtungsentscheidung, wie ich meine.

Außerdem werden die Bürgerinnen und Bürger von Rastede um ihre Stimme gebeten: Gewählt wird ein neuer Bürgermeister. Alexander von Essen hat auch im bisherigen Wahlkampf seine persönliche Befähigung und fachliche Kompetenz für dieses verantwortungsvolle Amt bewiesen. Ich wünsche ihm aus voller Überzeugung alles Gute für den 26. Mai.

Erneut lautet meine Bitte an dieser Stelle an Sie: Kontaktieren Sie mich, falls Sie politische Unterstützung benötigen sollten.

Denn ich möchte als Landtagsabgeordneter Ihre Stimme sein. Sie erreichen mich

telefonisch unter 04406 972515 oder per E-Mail unter: bjoern@thuemler.de

Ich wünsche Ihnen eine angenehme und informative Lektüre. Und: Genießen Sie den Sommer!

Herzlichst

Ihr Björn Thümler



Bloß kein Kirchturm-Denken! Beide Krankenhäuser werden gebraucht

Die Situation der Krankenhäuser in der Wesermarsch bleibt ein aktuelles Thema, das mich intensiv beschäftigt. Durch die Schließung der Abteilung Geburtshilfe und Gynäkologie an der Helios-Klinik hat die Diskussion an Brisanz und Dynamik gewonnen.

Meine Position: „Wesermarsch-Denken statt Kirchturm-Denken“ – das muss das oberste Gebot sein. Beide Krankenhäuser werden im Flächenlandkreis Wesermarsch für eine angemessene Versorgung der Menschen gebraucht.

Fortsetzung Seite 2



Das Foto zeigt mich mit Sarah Schneider, Julia Bittner, Heike Stefanoff und Nina Schoenlau.

+ Runder Tisch zur
Geburtshilfe vorgesehen

Aus dem Inhalt

- ▶ Beide Krankenhäuser werden gebraucht Seite 2
- ▶ Thümler-Ticker Seite 3
- ▶ Eigener Wahlauf Ruf für die Wesermarsch Seite 4
- ▶ Veranstaltung der CDU Rastede zur Landarzt-Suche Seite 5
- ▶ Meine Position zur Nutzung der Halbinsel Elsflether Sand Seite 6
- ▶ Thümler-Ticker Seite 7

Außerdem bilden die Krankenhäuser einen wichtigen Standortvorteil. Ferner sind sie gut für das Image der Region, wenn es darum geht, dass Bürgerinnen und Bürger gehalten sowie neue gewonnen werden.

Zur Frage der Krankenhaus-Finanzierung hatte ich unter anderem ein Gespräch mit Staatssekretär Heiger Scholz aus dem Sozialministerium. Der hat mir signalisiert, dass beide Krankenhäuser in der Wesermarsch nun Förderanträge stellen könnten. Bei der entsprechenden politischen Begleitung bin ich gerne behilflich.

Ideen besorgter Mütter und Väter

Die von Helios beschlossene Schließung der Abteilung Geburtshilfe und Gynäkologie war trotz vielfältiger Bemühungen - unter anderem hatte ich in Berlin ein Gespräch mit dem Vorstand des Unternehmens - leider nicht zu verhindern. Nun

gilt es, Alternativen für eine angemessene medizinische Versorgung auf einem besonders sensiblen Feld zu entwickeln.

Ich werde hierzu einen Beitrag leisten und voraussichtlich noch in der ersten Jahreshälfte zu einem „Runden Tisch zur Geburtsvorsorge und Hebammen-Begleitung in der Wesermarsch“ einladen. Das ist ein konkretes Ergebnis meines Treffens mit Mitgliedern der Elterninitiative „Rettet die Geburtshilfe“ in Nordenham.

Dieser Runde Tisch ist eine der zentralen Forderungen der besorgten Mütter und Väter. Mitglieder der Elterninitiative haben in der vergangenen Zeit eine Reihe von Ideen zusammengetragen, wie die Versorgung der Schwangeren künftig organisiert werden könnte.

Danke für das Eltern-Engagement

Bei einem Runden Tisch mit Praktikern

aus dem medizinischen Bereich und anderen Akteuren sollen diese Überlegungen auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft werden.

Mich ermutigen dabei die positiven Erfahrungen, die in der Wesermarsch mit einem Runden Tisch zur Sterbebegleitung gemacht wurden. Aus dem haben sich nämlich positive Lösungsansätze und das gut funktionierende Wesermarsch-Netzwerk Sterbebegleitung entwickelt.

Während des Treffens hatten mir Mitglieder der Elterninitiative eindringlich geschildert, welche negativen Auswirkungen die Schließung der Geburtshilfe und Gynäkologie am Helios-Krankenhaus hat.

Ich habe den Mitgliedern der Elterninitiative für ihr Engagement gedankt: Wir als Politik brauchen die Anregungen und Problemschilderungen aus der Praxis und von der Basis dringend.

... Thümler-Ticker ...

Krimi-Stimmung in der Grundschule Berne-Ganspe: Dort habe ich einer Gruppe Erstklässler ausführlich aus dem Buch „Der Räuber Hotzenplotz“ von Otfried Preußler vorgelesen.

Schulrektorin Beate Petter hatte mich vor dem Hintergrund des 15. Bundesweiten Vorlesetages eingeladen. Mit dem alljährlichen Vorlesetag der Stiftung Lesen, der Wochenzeitung „Die Zeit“ und der Deutschen Bahn Stiftung soll ein öffentliches Zeichen für das Vorlesen gesetzt werden. Gerne habe ich mich beteiligt. Denn damit Kinder gerne zu Büchern und anderem Gedruckten greifen, muss ihnen die Freude am Lesen vorgelebt werden. Schließlich ist Lesen auch im digitalen Zeitalter ein unverzichtbares Kulturgut.



Mit einem Besuch der Eschhofschule in Lemwerder habe ich die Schülerinnen und Schüler auf die Europawahl am 26. Mai einstimmen wollen. Nicht zuletzt die jungen Menschen müssen dafür sensibilisiert werden, wie wichtig die Europäische Union für Frieden und Wohlstand ist. Für heutige Schülerinnen und Schüler ist die EU eine Selbstverständlichkeit – doch selbstverständlich ist dieser Staatenbund gerade nicht.

Die Diskussionsrunde mit den Schülerinnen und Schülern war spannend und munter. Und natürlich kamen nicht nur Europa-Themen zur Sprache.



... Thümler-Ticker ...

Besuch der „Rasteder Rundschau“: Diese kostenlose Monatszeitung gehört zu meiner Pflichtlektüre, weil sie unabhängig und überparteilich ein hoch interessantes Abbild des Gemeindelebens zeichnet. Bei meinem Verlagshaus-Abstecher diskutierte ich mit Redaktionsleiterin Britta Lübbers und Geschäftsführer Dirk Hillmer.



Im vergangenen Jahr habe ich bei mehreren Terminen in der Wesermarsch zum Beispiel mit Feuerwehrkräften und Polizeibeamten über das Thema „Gewalt gegen Helfer“ diskutiert. Unter anderem fand im März 2018 in Brake auf meine Einladung hin ein „Anti-Gewalt-Gipfel“ mit Vertretern diverser Vereine und Institutionen statt.

Mich beschäftigt das Thema auch weiterhin. Deshalb freue ich mich über zwei wichtige Landtags-Beschlüsse zu diesem Thema. Zum einen wurde die Landesregierung damit beauftragt, einen Fünf-Punkte-Plan auf den Weg zu bringen.

Unter anderem könnten die kommunalen Spitzenverbände und das Landeskriminalamt mit entsprechenden Kampagnen dazu beitragen. Außerdem gibt es Überlegungen, wonach der Landespräventionsrat und die Kommunen im Kampf gegen Hass und Gewalt gestärkt werden. Zum anderen wurden die Weichen für einen Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte gestellt. Diesen Fonds will Niedersachsen gemeinsam mit den hiesigen Hilfsorganisationen als erstes Bundesland unbürokratisch mit Leben füllen.



Den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften des Gymnasiums Brake, die den jährlichen Erinnerungsgang veranstalten, habe ich für ihren „Einsatz für das Erinnern“ gedankt.

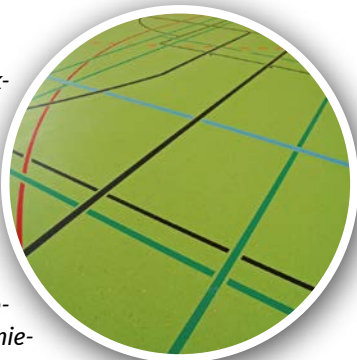
Dieser jährliche Erinnerungsgang führt in der Kreisstadt zu verschiedenen Stätten der Verfolgung und Opposition während der Nazizeit.

Das Engagement der Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums und der betreuenden Lehrkräfte zeigt: Sie wissen, dass wir nicht vergessen dürfen, um gewappnet für Gegenwart und Zukunft zu sein.

Bis Ende 2022 fördert das Land die Sanierung kommunaler und vereinseigener Sportstätten mit zusätzlichen 100 Millionen Euro aus der so genannten VW-Milliarde. Ich habe die Sport-Verantwortlichen in der Wesermarsch und in Rastede ausdrücklich zur Antragstellung ermuntert.

Schließlich erhöhen attraktivere Sportstätten die Anziehungskraft der Vereinsarbeit; sie motivieren die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zusätzlich.

Der Schwerpunkt des Programms liegt auf der Sanierung. Im Fokus stehen kommunale Sporthallen, Hallenschwimmbäder und Sportfreianlagen (darunter auch Fußballplätze und Leichtathletikanlagen) sowie darüber hinaus Sportleistungszentren und Vereinssportstätten.



Politik und Wirtschaft in der Wesermarsch sollten sich gemeinsam für den Bau eines LNG-Importterminals in Wilhelmshaven einsetzen. Denn auch unser Landkreis würde davon profitieren.

Zu rechnen ist mit zusätzlichen Arbeitsplätzen, die zum Teil von Menschen aus der Wesermarsch besetzt werden, und mit deutlichen Impulsen für die regionale Logistikwirtschaft.

Zurzeit bemühen sich neben Wilhelmshaven die Städte Stade und Brunsbüttel um den Zuschlag. Die endgültige Entscheidung soll in absehbarer Zeit fallen. Ich sehe die Vorteile eindeutig in Wilhelmshaven.



Eigener Wahlauf Ruf für die Wesermarsch: CDU-Kreisvorstand betont Bedeutung für den Landkreis

Mit einem eigenen Wahlauf Ruf an die Bürgerinnen und Bürger der Wesermarsch geht der CDU-Kreisvorstand in den Europa-Wahlkampf. Das dreiseitige Papier mit dem Titel „Europa ist Wesermarsch! Gehen Sie wählen!“ wurde vom Kreisvorstand der Christdemokraten einstimmig beschlossen.

Das vollständige Papier steht unter anderem auf meiner Website www.bjoern-thuemer.de und kann im Bürgerbüro angefordert werden.

Aus Sicht der CDU Wesermarsch hat die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai angesichts der Stärke der radikalen und nationalistischen Kräfte eine besondere Bedeutung; sie sei „eine Richtungsentscheidung für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union“.

Kulturlandschaft in der Wesermarsch schützen

Die Menschen in der Wesermarsch sollten nach den Vorstellungen der CDU ein Zeichen dafür setzen, dass „ein vereintes Europa die einzig richtige Antwort auf die Fehler des 20. Jahrhunderts und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ sei.

Betont wird: „So groß Deutschland im europäischen Vergleich auch ist – international betrachtet, hätte unser Land einzeln eine ungleich schlechtere Verhandlungsposition als im Verbund der Europäischen Union mit ihren eine halbe Milliarde Menschen.“

Aus Perspektive des Landkreises Wesermarsch habe die europäische Landwirtschaftspolitik eine herausragende Bedeutung, stellen die Christdemokraten fest. Das gelte ebenso für die Fischereipolitik.

Landwirtschaftspolitisch plädiert die CDU Wesermarsch für einen Kurs, bei dem



„Wettbewerbsfähigkeit und verantwortungsbewusster Verbraucherschutz zusammen gehören“. Die Kulturlandschaft in der Wesermarsch müsse geschützt und eine flächendeckende Bewirtschaftung von Agrarflächen auch unter komplizierteren Voraussetzungen, wie etwa in Grünlandgebieten mit Wiesen und Weiden, garantiert werden. Zum Thema „Wolf“ bezieht die CDU ebenfalls Position und fordert das Ausschöpfen aller rechtlichen Möglichkeiten, die das europäische Artenschutzrecht bereit halte, um den Wolfsbestand zu verringern.

EU bietet Menschen in der Wesermarsch „echten Mehrwert“

Fischereipolitisch spricht sich die CDU gegen zusätzliche Restriktionen zu Lasten der Fischereibetriebe an der Küste



aus. Im Gegenteil bräuchten die Fischer „mehr öffentliche Wertschätzung für ihre Arbeit, bei der sie unter oft schwierigen und manchmal sogar gefährlichen Rahmenbedingungen für die Versorgung der Bevölkerung mit dem besonders gesunden und geschmackvollen Lebensmittel Fisch sorgen“.

Auch mit Blick auf die Infrastruktur in der Wesermarsch heißt es im Wahlauf Ruf der CDU: „Die Digitalisierung muss das zentrale Thema der nächsten Förderperiode sein.“ Der 5G-Standard gehöre „an jede Milchkanne in Europa“.

Beträchtliche finanzielle Mittel der EU fließen für unterschiedlichste Projekte in die Wesermarsch, wird an anderer Stelle des Wahlauf Rufes hervorgehoben. Das sei ein „echter Mehrwert“ für die Menschen in der Wesermarsch. Doch der hauptsächliche Mehrwert bestehe in der friedensstiftenden Wirkung der Europäischen Union: „Wenn sich Staaten in einer Union zusammenfinden, die sich noch vor wenigen Jahrzehnten hasserfüllt gegenüber standen und gegeneinander Kriege mit Millionen Opfern geführt haben, dann ist das ein Fanal der Völkerverständigung und der Friedensbereitschaft, und das reicht weit über den Kontinent hinaus.“



Alexander von Essen im Gespräch

„Die Hoffnung nicht aufgeben!“ Veranstaltung der CDU Rastede zur Landarzt-Suche

„Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben und müssen weiter an diesem Thema arbeiten!“ Dieser Appell von Rastedes Bürgermeister Dieter von Essen prägte eine Veranstaltung des CDU-Gemeindeverbandes zur Landarzt-Problematik und der Suche in Hahn-Lehmden. Besonders im Mittelpunkt standen die Bürgerinnen und Bürger, die sich kreativ und engagiert dafür stark machen, dass in Hahn-Lehmden ein neuer Landarzt ansässig wird. Ihnen wollten die Christdemokraten und ihr Bürgermeister-Kandidat Alexander von Essen ausdrücklich danken – kostenfreie Getränke und Bratwürste vom Grill eingeschlossen.

Kreativer Videoclip mit bundesweiter Aufmerksamkeit

Bürgermeister Dieter von Essen zog vor rund 50 Gästen eine Zwischenbilanz der Aktionen für einen Landarzt in Hahn-Lehmden. Insbesondere der kreative Videoclip habe bundesweite Aufmerk-

samkeit erregt. Dieter von Essen zufolge wurde der Beitrag am 19. Dezember zum ersten Mal auf die Seite der Gemeinde gestellt und seitdem mehr als 617.000-mal aufgerufen. Regionale und überregionale Medien aus Presse, Funk und Fernsehen berichteten. Sogar bis in die ARD-„Tagesthemen“ schaffte es der Clip.

Am Ende waren die Aktionen allerdings (noch) nicht erfolgreich. Bürgermeister von Essen: „Wir sprachen mit fünf interessierten Mediziner. Einer von ihnen ist noch übrig.“ Die Gemeinde setze darüber hinaus einerseits auf den engen Kontakt zu der Kassenärztlichen Vereinigung und andererseits auf die Zusammenarbeit mit anderen vom Landarzt-Mangel betroffenen Kommunen. „Diese Kooperation soll im Rahmen der Initiative Gesundheitswirtschaft Nordwest weiter intensiviert werden“, kündigte der Bürgermeister an. Es seien bereits Gesprächstermine vereinbart worden.

Bürgermeister-Kandidat Alexander von Essen begrüßte diese „Strategie des Zusammenhalts über die kommunalen Gren-

zen hinweg“. In diesem Zusammenhang lobte er auch den Ausbau der Medizin-Studienplätze in Niedersachsen und die Stärkung der European Medical School in Oldenburg.



„Wir müssen bei dem Thema unorthodox denken und handeln“, bekräftigte Alexander von Essen. Dafür seien der populäre Videoclip und der Einsatz der Bürgerinnen und Bürger in Hahn-Lehmden herausragende Beispiele.



Landwirtschaft nicht übermäßig belasten

Meine Position zur Nutzung der Halbinsel Elsflether Sand

Dass die Halbinsel Elsflether Sand ausschließlich ein Vogelparadies werden soll, sehe ich sehr kritisch.

Ich frage mich: Warum sollte eine landwirtschaftliche Nutzung dieser wertvollen Flächen nicht möglich sein? Diese Frage stellt sich mir erst recht, weil sich dort sehr viele Bodenbrüter aufhalten (wie beispielsweise der Kiebitz). Ein dickes Fragezeichen setze ich auch hinter einen besonderen Handlungsbedarf bei der Rohrdommel: Diese Vogelart ist schließlich bereits zwischen Elsfleth und Oberhummelwarden angesiedelt worden.

Natur- und Umweltschutz nicht übersteigert praktizieren!

Meine Position in dieser Frage: Die immer weiter gehende Zurückdrängung der Landwirtschaft beziehungsweise der weitergehende Flächenverbrauch sind auf Dauer riskant.



Die Folgen einer zunehmenden Flächenverknappung liegen auf der Hand: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe wird weiter sinken. Dann werden die Betriebsgrößen steigen – und sich viele Menschen darüber erregen, dass die Landwirtschaft so groß dimensioniert ist. Ich bin überzeugt: Ökonomie und Ökolo-

gie müssen miteinander im Einklang sein. Bei aller Notwendigkeit von Natur- und Umweltschutz – dieser darf nicht übersteigert praktiziert werden. Und er darf die Landwirtschaft als Kernbranche der Wesermarsch nicht übermäßig belasten.

... Thümler-Ticker ...

500.000 Euro zusätzliche Landesmittel gibt es für das Programm „Wir machen die Musik“. Die Bedeutung dieses Programms für die musikalische Frühförderung war auch ein wichtiger Tagesordnungspunkt bei meinem Besuch in der Kreismusikschule Ammerland e.V. Das Gespräch mit Schulleiter Martin Reinhold und Landrat Jörg Bensberg, Vorstandsvorsitzender der Musikschule Ammerland, war auf eine Initiative von Kai Küpperbusch (stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Rasteder Gemeinderat und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Musikschule Ammerland) zurück gegangen. Ebenso wie Schulleiter Reinhold hatte sich Kai Küpperbusch in den vergangenen Monaten leidenschaftlich und energisch für eine stabilere Landesfinanzierung öffentlicher Musikschulen sowie nicht zuletzt für das Programm „Wir machen die Musik“ eingesetzt. Ich habe dieses Engagement sehr gerne unterstützt.



Für große Unruhe in der Region sorgte die Situation der Elsflether Werft. Auch ich beteiligte mich aktiv an einer Problemlösung. Inzwischen haben sich die Wogen zu einem großen Teil geglättet Denn der neue Vorstand und Aufsichtsrat haben das Unternehmen in ruhigeres Fahrwasser gebracht und rechtfertigen offenbar das Vertrauen, das von vielen Seiten in sie gesetzt wird.

Was mir im Zusammenhang mit der Zukunft der Elsflether Werft besonders wichtig ist: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten tadellose Arbeit. Wirtschaftliche Schwierigkeiten des Unternehmens dürfen auf keinen Fall auf deren Rücken ausgetragen werden.

Den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften des Gymnasiums Brake, die den jährlichen Erinnerungsgang veranstalten, habe ich für ihren „Einsatz für das Erinnern“ gedankt.

Dieser jährliche Erinnerungsgang führt in der Kreisstadt zu verschiedenen Stätten der Verfolgung und Opposition während der Nazizeit.

Das Engagement der Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums und der betreuenden Lehrkräfte zeigt: Sie wissen, dass wir nicht vergessen dürfen, um gewappnet für Gegenwart und Zukunft zu sein.

Voraussichtlich 2021 kann mit dem Bau des Radweges an der L 866 von Holle (Kreisgrenze) bis Kötterende begonnen werden.

Das habe ich aus dem Geschäftsbereich Oldenburg der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr erfahren. Hintergrund ist die Aufnahme des Streckenabschnittes in den „Vordringlichen Bedarf“.

Der Geschäftsbereich hat bereits mit der Entwurfsaufstellung begonnen.

Ich gehe davon aus, dass das Planfeststellungsverfahren noch 2019 beim Landkreis Wesermarsch beantragt werden kann.



Die Seefelder Mühle ist eine der schönsten Kultur-Perlen in der Wesermarsch. Ich freue mich darüber, dass sie im ersten Halbjahr 2019 vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur mit insgesamt 19.700 Euro gefördert werden kann.

10.000 Euro fließen in die Förderung der beiden hauptamtlichen Stellen und mit 9.700 Euro werden Anschaffungen unterstützt.



Die rund 400 Angebote in der Seefelder Mühle pro Jahr erhöhen die Lebensqualität im Landkreis und haben eine Strahlkraft über die Wesermarsch hinaus.

29.000 Besucherinnen und Besucher jährlich werden gezählt.

Aktuelles finden Sie auch unter
www.facebook.com/bjoern.thuemler

Ihr Kontakt zu mir!

CDU-Bürgerbüro Berne
Lange Straße 15
27804 Berne

Telefon: 04406 972515
Fax: 04406 972516

E-Mail: bjoern@thuemler.de
www.bjoern-thuemler.de

facebook.com/bjoern.thuemler/
xing.com/profile/Bjoern_Thuemler3

Öffnungszeiten:
montags: 8 bis 13 und von 14 bis 18 Uhr
dienstags: 8 bis 16 Uhr
mittwochs: 8 bis 13 und 14 bis 18 Uhr
donnerstags: 8 bis 13 Uhr
freitags: 8 bis 13 Uhr

Fotonachweise:

Thomas Klaus
Pixabay
© heidepinkall/stock.adobe.com
© donvictori0/stock.adobe.com
© kranidi/stock.adobe.com
© Racle Fotodesign/stock.adobe.com
© Rawpixel.com/stock.adobe.com

